

Sitzung vom

24. August 2020

Mitgeteilt den

31. August 2020

Protokoll Nr.

695

Anfrage Grass

betreffend Neuerungen im Umgang von Mist auf dem Feld

Antwort der Regierung

Gemäss Art. 6 des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer (GSchG; SR 814.20) ist es untersagt, Stoffe, die Wasser verunreinigen können, in ein Gewässer einzubringen oder sie versickern zu lassen. Weiter ist es auch untersagt, solche Stoffe ausserhalb eines Gewässers abzulagern oder auszubringen, sofern dadurch die konkrete Gefahr einer Verunreinigung des Wassers entsteht. Die Aufgaben waren bisher in zwei Weisungen des Amts für Landwirtschaft und Geoinformation (ALG) und des Amts für Natur und Umwelt festgehalten. Im Jahr 2012 erliessen die Bundesämter für Umwelt (BAFU) und für Landwirtschaft (BLW) die Vollzugshilfen "Baulicher Umweltschutz in der Landwirtschaft" und "Nährstoffe und Verwendung von Düngern in der Landwirtschaft". Seitens des Kantons wurde per 1. Januar 2020 eine Verordnung über den Gewässerschutz in der Landwirtschaft (KGSchVL; BR 910.150) erlassen und eine Vollzugshilfe "Gewässerschutz in der Landwirtschaft Graubünden" ausgearbeitet. Diese enthalten die für Graubünden wesentlichen, soweit möglich auf die speziellen kantonalen Verhältnisse angepassten Punkte aus den beiden Vollzugshilfen des Bundes und konkretisieren deren Anwendung anschaulich. Sie bilden grundsätzlich die bisherige Praxis ab. Gemäss Bund ist die Zwischenlagerung von Mist auf dem Feld, die so genannte Feldmiete, grundsätzlich nicht erlaubt. Eine Zwischenlagerung kann aber aus Gründen des Betriebsablaufs für maximal sechs Wochen bis zum Verteilen des Mistes auf der düngbaren Nutzfläche erfolgen, wenn dadurch keine konkrete Gefahr einer Gewässerverschmutzung entsteht. Die Feldmieten sind nicht Teil der Lagerbilanz des Betriebs und durften auch bisher nicht an das benötigte Lagervolumen angerechnet werden. In der KGSchVL wurde die kurzzeitige Zwischenlagerung mit Zustimmung des BAFU auf maximal acht Wochen erhöht, um den besonderen klimatischen Bedingungen des Berggebiets besser Rechnung zu tragen.

Der Gewässerschutz in der Landwirtschaft ist seit mehreren Jahren ein Thema und wurde sowohl durch den landwirtschaftlichen Beratungsdienst als auch durch die Vollzugsstelle wiederholt kommuniziert. Seit dem Jahr 2015 werden systematisch Dichtigkeitsprüfungen auf den Betrieben durchgeführt und die Lagerbilanz berechnet. Über dieses den ganzen Kanton umfassende Projekt wurde mehrfach berichtet. Bisher wurden mit 1700 Betrieben rund drei Viertel aller in der ersten Phase zu prüfenden Ganzjahres- und Sömmerungsbetriebe bereits kontrolliert und bei fehlendem Lagervolumen unabhängig vom Inkrafttreten der KGSchVL bauliche oder betriebliche

Massnahmen angeordnet. Die Regierung ist sich bewusst, dass Betriebe, welche die gestellten Anforderungen nicht erfüllen, in einen Engpass geraten können und für bauliche Massnahmen entsprechend Zeit benötigen. Der landwirtschaftliche Beratungsdienst wie auch das ALG stehen den Betrieben beratend zur Verfügung. Die grundlegenden Vorschriften für eine ordentliche Bewirtschaftung von Feldmieten werden jedoch als bekannt vorausgesetzt und deren Umsetzung in Eigenverantwortung den Betrieben überlassen. Mit der Mitteilung, dass die Kriterien für den ordentlichen Betrieb von Feldmieten explizit ab dem 1. August 2020 gelten, wurden die Betriebe noch einmal auf die Vorschriften aufmerksam gemacht und eine individuelle Umstellung innert einer angemessenen Frist ermöglicht. Die seit der Inkraftsetzung gemachten Erfahrungen haben gezeigt, dass meist rasch Lösungen gefunden werden. Zahlreiche Rückmeldungen von Landwirten zeigen zudem, dass die Regelungen gerade im Gewässerschutz auch auf Zustimmung stossen.

Zu Frage 1: Die KGSchVL basiert unter anderem auf den Vollzughilfen des Bundes, die seit 2012 bestehen. Mit der KGSchVL werden die bekannten Grundsätze und übergeordneten Vorgaben zum Schutz der Gewässer nur konkretisiert. Es bestehen zudem verschiedene Möglichkeiten, den Vorschriften gerecht zu werden (s. Frage 2). Es ist deshalb nicht angebracht, das Inkrafttreten zu korrigieren.

Zu Frage 2: Die Bundesgesetzgebung sieht keine Ausnahmegewilligungen vor, weshalb der Kanton keine gewähren kann. Es müssen alternative Lösungen zur Feldlagerung über acht Wochen gefunden werden, bis genügend Lagervolumen auf dem Betrieb bereitgestellt werden kann. Dazu stehen verschiedene Möglichkeiten zur Verfügung, wie Abnahme- und Zwischenlagerungsverträge oder eine Feldrandkompostierung, die eine Lagerung bis zu einem Jahr erlaubt. Es besteht nach wie vor auch die Möglichkeit, während der Vegetationszeit Feldmieten für weitere acht Wochen zu verlegen.

Zu Frage 3: Die KGSchVL konkretisiert Bestimmungen, die in der Bundesgesetzgebung vorgegeben sind. Deren Nichteinhaltung kann in Abhängigkeit der Schwere mit einer Sanktion von Direktzahlungen bis hin zu einer Verzeigung geahndet werden. So ist als Beispiel das Einhalten der maximalen Lagerdauer bei Feldmieten nur eine von zahlreichen Vorgaben, die kontrolliert werden. Eine festgestellte unkorrekte Mistlagerung auf dem Feld führt wie bisher in Abhängigkeit der Sorgfaltspflichtverletzung zu einer Sanktion der Direktzahlungen. In schweren Fällen droht eine Strafanzeige.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Chr. Rathgeb

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Anfrage Grass betreffend Neuerungen im Umgang von Mist auf dem Feld

Mit Schreiben vom 13. Mai 2020 hat das Amt für Landwirtschaft und Geoinformationen alle Landwirte im Kanton Graubünden informiert, dass am 1. Januar 2020 die kantonale Verordnung über den Gewässerschutz in der Landwirtschaft (KGSchVL; BR 910.150) in Kraft getreten ist.

Die kantonale Verordnung über den Gewässerschutz in der Landwirtschaft gibt vor, dass aus betrieblichen Gründen eine Zwischenlagerung von Mist auf dem Feld, unter Einhalten verschiedener Bedingungen, für maximal acht Wochen zulässig ist. Während der Vegetationsruhe ist sie gänzlich untersagt. Diese Kriterien gelten ab dem 1. August 2020.

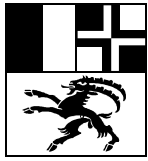
Diese Vorgaben und die kurze Frist bis zum Inkrafttreten der Verordnung stellen für viele Landwirte ein Problem dar. Da diese Verordnung ohne Vorankündigung beschlossen wurde, ist die Umsetzung für einige Landwirtschaftsbetriebe innert dieser Zeit nicht möglich. Denn das Einhalten der Verordnung erfordert auf vielen Betrieben bauliche Massnahmen. Solche bedingen eine grössere Planung in betrieblicher und finanzieller Hinsicht und sind nicht innert weniger Monate umsetzbar. Hinzu kommt, dass in den allermeisten Fällen die notwendigen Bauvorhaben ausserhalb der Bauzonen liegen. Die Erfahrung zeigt, dass von der Baueingabe bis zur Bewilligung mehrere Monate vergehen.

Die Unterzeichnenden stellen dazu folgende Fragen:

1. Ist die Regierung bereit, das Inkrafttreten dieser Verordnung auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben?
2. Sind Ausnahmegewilligungen vorgesehen, wenn die Umsetzung in Folge baulicher Massnahmen auf die angesetzte Frist nicht möglich ist?
3. Müssen Landwirte bei Nichteinhalten der Verordnung mit Strafanzeige oder Sanktionen bei den Direktzahlungen rechnen?

Chur, 19. Juni 2020

Grass, Crameri, Valär, Brandenburger, Buchli-Mannhart, Caluori, Cantieni, Clalüna, Danuser, Deplazes (Chur), Ellemunter, Engler, Flütsch, Föhn, Gasser, Gugelmann, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hefti, Hitz-Rusch, Hohl, Kasper, Kohler, Kunfermann, Lamprecht, Loi, Michael (Donat), Müller (Susch), Natter, Niggli (Samedan), Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Rettich, Ruckstuhl, Rutishauser, Sax, Schmid, Tanner, Tomaschett (Breil), Ulber, Widmer-Spreiter (Chur), Zanetti (Sent), Renkel



Sesida dals

24 d'avust 2020

Communitgà ils

31 d'avust 2020

Protocol nr.

695

Dumonda Grass

concernent novaziuns per metter grascha sin champs

Resposta da la Regenza

Tenor l'art. 6 da la Lescha federala davart la protecziun da las auas (LPAuas; CS 814.20) èsi scumandà d'inducir en in'aua u da laschar sfundrar substanzas che pon contaminar l'aua. Plinavant èsi er scumandà da deponer u da sterner talas substanzas ordaifer in'aua, sche quai chaschuna in privel concret che l'aua pudess vegnir contaminada. Fin ussa eran las incumbensas fixadas en duas directives da l'Uffizi d'agricultura e da geoinformaziun (UAG) e da l'Uffizi per la natira e l'ambient. L'onn 2012 han l'Uffizi federal d'ambient (UFAM) e l'Uffizi federal d'agricultura (UFAG) relaschà ils agids d'execuziun "Construcziuns ruralas e protecziun da l'ambient" e "Substanzas nutritivas ed utilisaziun da ladim en l'agricultura". Da vart dal chantun è vegnida relaschada per il 1. da schaner 2020 in'Ordinaziun davart la protecziun da las auas en l'agricultura (OCPAAgr; DG 910.150) ed elavurà in agid d'execuziun "Protecziun da las auas en l'agricultura dal Grischun". Quests documents cuntegnan ils puncts or dals dus agids d'execuziun da la Confederaziun ch'èn essenzials per il Grischun e ch'èn vegnids adattads uschenavant sco pussaivel a las relaziuns chantunalas spezialas, e concretiseschan lur applicaziun en moda illustrativa. Els reproduceschan da princip la pratica vertenta. Tenor la Confederaziun n'è il deposit temporar da grascha sin il champ da princip betg permess. Per motivs da l'andament dal manaschi po la grascha vegnir depositada intermediarmain sin las surfatschas che duain vegnir ladadas per maximalmain 6 emnas, fin ch'ella vegn fatga ora, premess che ses deposit na chaschunia betg in privel concret per ina contaminaziun da l'aua. Ils deposits da grascha na fan betg part da la bilantscha da deposit dal manaschi e na dastgavan er fin ussa betg vegnir mess a quint al volumen da deposit necessari. En la OCPAAgr è il deposit temporar da curta durada vegnì augmentà – cun il consentiment dal UFAM – a maximalmain 8 emnas per tegnair quint meglier da las cundiziuns climaticas spezialas dal territori da muntogna.

La protecziun da las auas en l'agricultura è dapli plirs onns in tema ed è vegnida communitgada repetidamain tant dal Servetsch da cussegliaziun agricola sco er dal post executiv. Dapi l'onn 2015 vegnan fatgas sistematicamain controllas da l'ermeticitad sin ils manaschis e calculada la bilantscha da deposit. Davart quest project che cumpiglia tut il chantun èsi vegnì rapportà pliras giadas. Fin ussa èn gia vegnids controllads 1700 manaschis, pia circa trais quarts da tut ils manaschis da l'entir onn e da tut ils manaschis d'alpegiada che ston vegnir controllads durant l'emprima fasa. Sch'il volumen da deposit mancava, èn vegnidas ordinadas mesiras architectonicas u manaschialas, e quai independentamain da l'entrada en vigur da la

OCPAAgr. La Regenza è conscienta dal fatg che manaschis che n'adempleschan betg las pretensiuns fatgas pon arrivar a las stretgas e dovran correspundentamain temp per realisar las mesiras architectonicas. Il Servetsch da cussegliaziun agricola sco er il UAG stattan a disposiziun als manaschis cun vusch consultativa. I vegn però premess che las prescripziuns fundamentalas per cultivar en moda ordinaria ils deposits temporars sajan enconuschentas e ch'ellas vegnian realisas en atgna responsabladad dals manaschis. Cun la communicaziun ch'ils criteris per cultivar en moda ordinada ils deposits temporars valian explicitamain a partir dal 1. d'avust 2020, èn ils manaschis anc ina giada vegnids rendids attents a las prescripziuns, per ch'els possian realisar ina midada individuala entaifer in termin adequat. Las experientschas ch'èn vegnidas fatgas dapi l'entrada en vigur han mussà ch'i han pudì vegnir chattadas svelt soluziuns. Numerus resuns da puras e purs mussan ultra da quai che las regulaziuns chattan in consentiment gist er tar la protecziun da las auas.

Tar la dumonda 1: La OCPAAgr sa basa tranter auter sin ils agids d'execuziun da la Confederaziun ch'i dat dapi l'onn 2012. Cun la OCPAAgr vegnan mo concretisads ils principis enconuschents e las directivas surordinadas per proteger las auas. Ultra da quai datti differentas pussaivladads per ademplir las prescripziuns (guardar dumonda 2). Pervia da quai n'èsi betg adequat da spustar l'entrada en vigur.

Tar la dumonda 2: La legislaziun federala na prevesa naginas permissiuns excepziunalas. Pervia da quai na po er il chantun betg conceder talas. I ston vegnir chattadas soluziuns alternativas per depositar grascha sur 8 emnas, fin che avunda volumen da deposit po vegnir mess a disposiziun sin il manaschi. Per quai stattan a disposiziun differentas pussaivladads sco contracts da surpigliada e da deposit temporar u er ina cumpostaziun a l'ur dal champ che permetta da depositar grascha fin ad 1 onn. I dat anc adina er la pussaivladad da far deposits temporars per ulteriuras 8 emnas durant il temp da vegetaziun.

Tar la dumonda 3: La OCPAAgr concretisescha disposiziuns ch'èn fixadas en la legislaziun federala. Sch'ellas na vegnan betg observadas, po quai vegnir sancziunà – tut tenor la grevizza dal surpassament – cun stritgar pajaments directs fin ad ina denunzia. Uschia è per exempel l'observaziun da la durada maximala da deposits temporars mo ina da numerusas prescripziuns che vegnan controlladas. Sch'i vegn constatà che la grascha vegn depositada en moda incorrecta sin il champ, vegnan ils pajaments directs sancziunads sco fin ussa en dependenza da la violaziun da l'obligaziun d'avair quità. En cas grevs smanatscha ina denunzia penala.



En num da la Regenza

Il president:

Il cancellier:

Dr. Chr. Rathgeb

Daniel Spadin

Dumonda Grass concernent novaziuns per metter grascha sin champs

Cun la brev dals 13 da matg 2020 ha l'Uffizi d'agricultura e da geoinformaziun infurmà tut las puras ed ils purs en il chantun Grischun che l'Ordinaziun chantunala davart la protecziun da las auas en l'agricultura (OCPAAgr; DG 910.150) saja entrada en vigur il 1. da schaner 2020.

La OCPAAgr prescriba ch'igl è admiss – per motivs manaschials – da depositar temporarmain grascha sin champs durant maximalmain 8 emnas, sche tschertas premissas vegnan observadas. Durant la perioda senza vegetaziun è quai scumandà dal tuttafatg. Quests criteris valan a partir dal 1. d'avust 2020.

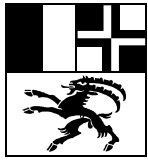
Questas prescripziuns ed il curt termin fin a l'entrada en vigur da l'ordinaziun chaschunan problems per bleras puras e blers purs. Perquai che questa ordinaziun è vegnida concludida senza preannunzia, n'èsi per tscherts manaschis agriculs betg pussaivel da la realisar entaifer quest temp. Bliers manaschis ston numnadamain realisar mesiras architectonicas per observar l'ordinaziun. Talas mesiras pretendan ina planisaziun pli gronda en regard manaschial e finanziel e na pon betg vegnir realisadas entaifer paucs mais. Vitiers vegn ch'ils projects da construcziun necessaris sa chattan en la pli gronda part dals cas ordaifer las zonas da construcziun. L'experiencia mussa ch'i passan plirs mais da l'inoltraziun da la dumonda da construcziun fin a la permissiun.

Las sutsegnadras ed ils sutsegnaders tschentan en quest connex las suandantas dumondas:

1. È la Regenza pronta da spustar l'entrada en vigur da questa ordinaziun sin in termin posteriur?
2. Èn previsas permissiuns excepziunalas, sche la realisaziun per il termin fixà n'è betg pussaivla pervia da mesiras architectonicas?
3. Ston puras e purs quintar cun ina denunzia penala u cun sancziuns tar ils pajaments directs, sch'els n'observan betg l'ordinaziun?

Cuira, ils 19 da zercladur 2020

Grass, Crameri, Valär, Brandenburger, Buchli-Mannhart, Caluori, Cantieni, Clalüna, Danuser, Deplazes (Cuira), Ellemunter, Engler, Flütsch, Föhn, Gasser, Gugelmann, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hefti, Hitz-Rusch, Hohl, Kasper, Kohler, Kunfermann, Lamprecht, Loi, Michael (Donat), Müller (Susch), Natter, Niggli (Samedan), Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Rettich, Ruckstuhl, Rutishauser, Sax, Schmid, Tanner, Tomaschett (Breil), Ulber, Widmer-Spreiter (Cuira), Zanetti (Sent), Renkel



Seduta del

24 agosto 2020

Comunicata il

31 agosto 2020

Protocollo n.

695

Interpellanza Grass

concernente le novità nella gestione del letame sui campi

Risposta del Governo

Conformemente all'art. 6 della legge federale sulla protezione delle acque (LPAC; RS 814.20) è vietato introdurre o lasciare infiltrarsi nelle acque sostanze che possono inquinare. Inoltre è vietato depositare o spandere tali sostanze fuori delle acque, se ne scaturisce un pericolo concreto di inquinare l'acqua. Finora i compiti erano stabiliti all'interno di due direttive dell'Ufficio per l'agricoltura e la geoinformazione (UAG) e dell'Ufficio per la natura e l'ambiente. Nel 2012 l'Ufficio federale dell'ambiente (UFAM) e l'Ufficio federale dell'agricoltura (UFAG) hanno emanato gli aiuti all'esecuzione "Costruzioni rurali e protezione dell'ambiente" ed "Elementi nutritivi e utilizzo dei concimi nell'agricoltura". Da parte del Cantone, con effetto al 1° gennaio 2020 è stata emanata un'ordinanza sulla protezione delle acque nell'agricoltura (OPAA; CSC 910.150) ed è stato elaborato un aiuto all'esecuzione relativo alla protezione delle acque nell'agricoltura ("Gewässerschutz in der Landwirtschaft Graubünden"). L'ordinanza e l'aiuto all'esecuzione contengono i punti fondamentali per i Grigioni, per quanto possibile adeguati alle condizioni specifiche cantonali, ripresi dai due aiuti all'esecuzione della Confederazione e ne concretizzano l'applicazione in modo chiaro. Riproducono in sostanza la prassi attuale. Stando alla Confederazione, il deposito temporaneo di letame sui campi (mucchi di letame sui campi) non è in linea di principio consentito. Un deposito temporaneo può però avvenire per un massimo di sei settimane, per ragioni legate allo svolgimento dell'attività aziendale, fino a quando il letame sarà sparso sulla superficie utile concimabile, se ciò non comporta il pericolo concreto di inquinare le acque. I mucchi di letame sui campi non fanno parte del bilancio di deposito dell'azienda e finora non potevano nemmeno essere considerati per il volume di deposito necessario. Nell'OPAA il deposito temporaneo è stato aumentato ad al massimo otto settimane con il consenso dell'UFAM, al fine di tenere meglio conto delle condizioni climatiche particolari della zona di montagna. Quello della protezione delle acque nell'agricoltura è un tema di cui si parla da anni e sia il Servizio di consulenza agricola sia l'organo di esecuzione lo hanno ripetutamente affrontato. Dal 2015 presso le aziende si procede in modo sistematico a verifiche della permeabilità e al calcolo del bilancio di deposito. Si è riferito a più riprese in merito a questo progetto che interessa l'intero Cantone. Finora sono già state controllate 1700 aziende, vale a dire circa i tre quarti delle aziende annuali e d'estivazione da controllare nella prima fase, e in caso di volume di deposito mancante sono state disposte misure edilizie o aziendali indipendentemente dall'entrata in vigore

dell'OPAA. Il Governo è consapevole del fatto che le aziende che non soddisfano i requisiti posti possono venire a trovarsi in difficoltà e che hanno bisogno di tempo per attuare le misure edilizie. Il Servizio di consulenza agricola come pure l'UAG sono a disposizione delle aziende per fornire loro consulenza. Tuttavia si presuppone che le prescrizioni fondamentali per una gestione ordinata dei mucchi di letame sui campi siano note e la loro attuazione viene lasciata alla responsabilità individuale delle aziende. Con la comunicazione secondo la quale i criteri per la gestione ordinaria dei mucchi di letame sui campi valgono espressamente a partire dal 1° agosto 2020, le aziende sono state rese attente ancora una volta alle prescrizioni ed è stata loro resa possibile un'attuazione individuale entro un termine adeguato. Le esperienze fatte dall'entrata in vigore hanno mostrato che di solito si trovano rapidamente delle soluzioni. Numerose reazioni giunte dagli agricoltori mostrano inoltre che le regolamentazioni hanno trovato consenso proprio con riguardo alla protezione delle acque.

In merito alla domanda 1: l'OPAA si fonda tra l'altro sugli aiuti all'esecuzione della Confederazione, che esistono dal 2012. L'OPAA concretizza ora i principi noti e le direttive sovraordinate relative alla protezione delle acque. Esistono inoltre diverse possibilità per soddisfare le prescrizioni (vedi domanda 2). Non è perciò opportuno correggere l'entrata in vigore.

In merito alla domanda 2: la legislazione federale non prevede autorizzazioni di deroga, ragione per cui il Cantone non ne può concedere. Occorre trovare soluzioni alternative al deposito sui campi per otto settimane, finché presso l'azienda potrà essere messo a disposizione un volume di deposito sufficiente. A tale riguardo esistono varie possibilità, quali contratti di acquisto e per il deposito intermedio oppure un compostaggio al margine dei campi, che consente un deposito fino a un anno. Sussiste tuttora anche la possibilità di spostare i mucchi di letame sul campo per altre otto settimane durante la stagione vegetativa.

In merito alla domanda 3: l'OPAA dà concretizzazione alle disposizioni stabilite dalla legislazione federale. A seconda della gravità del caso, il mancato rispetto può essere punito con una sanzione che può andare da una riduzione dei pagamenti diretti fino a una denuncia. Ad esempio il rispetto della durata massima di deposito dei mucchi di letame sui campi è solo una delle numerose prescrizioni che vengono controllate. L'accertamento di un deposito di letame sul campo non corretto comporta come finora una riduzione dei pagamenti diretti, a seconda della gravità della violazione dell'obbligo di diligenza. In casi gravi vi è il rischio di denuncia penale.



In nome del Governo

Il Presidente:

Dr. Chr. Rathgeb

Il Cancelliere:

Daniel Spadin

Interpellanza Grass concernente le novità nella gestione del letame sui campi

Con lettera del 13 maggio 2020 l'Ufficio per l'agricoltura e la geoinformazione ha informato tutti gli agricoltori del Cantone dei Grigioni in merito al fatto che il 1° gennaio 2020 è entrata in vigore l'ordinanza cantonale sulla protezione delle acque nell'agricoltura (OPAA; CSC 910.150).

L'ordinanza cantonale sulla protezione delle acque nell'agricoltura stabilisce che, per motivi aziendali e osservando diverse condizioni, è consentito il deposito provvisorio di letame sui campi per un periodo massimo di otto settimane. Il deposito è severamente vietato durante il riposo vegetativo. Questi criteri varranno dal 1° agosto 2020.

Queste direttive e il breve termine prima dell'entrata in vigore dell'ordinanza rappresentano un problema per molti agricoltori. Dato che questa ordinanza è stata decisa senza preavviso, alcune aziende agricole non sono in grado di attuarla entro questo termine. Infatti il rispetto dell'ordinanza richiede misure edilizie presso molte aziende. Tali misure comportano una pianificazione più ampia dal punto di vista aziendale e finanziario e non possono essere attuate in pochi mesi. Si aggiunge il fatto che nella stragrande maggioranza dei casi i progetti edilizi necessari si trovano al di fuori delle zone edificabili. L'esperienza insegna che dalla presentazione della domanda di costruzione al rilascio della licenza edilizia passano diversi mesi.

Le firmatarie e i firmatari pongono le seguenti domande al riguardo:

1. Il Governo è disposto a differire l'entrata in vigore di questa ordinanza?
2. Sono previste autorizzazioni di deroga per i casi in cui l'attuazione entro il termine stabilito non sia possibile a causa della necessità di misure edilizie?
3. In caso di mancato rispetto dell'ordinanza, gli agricoltori devono attendersi una denuncia penale o sanzioni in relazione ai pagamenti diretti?

Coira, 19 giugno 2020

Grass, Crameri, Valär, Brandenburger, Buchli-Mannhart, Caluori, Cantieni, Clalüna, Danuser, Deplazes (Coira), Ellemunter, Engler, Flütsch, Föhn, Gasser, Gugelmann, Hardegger, Hartmann-Conrad, Hefti, Hitz-Rusch, Hohl, Kasper, Kohler, Kunfermann, Lamprecht, Loi, Michael (Donat), Müller (Susch), Natter, Niggli (Samedan), Niggli-Mathis (Grüsch), Papa, Rettich, Ruckstuhl, Rutishauser, Sax, Schmid, Tanner, Tomaschett (Breil), Ulber, Widmer-Spreiter (Coira), Zanetti (Sent), Renkel